Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Landtag, 2. Kammer - digitalisiert

Baden / Ständeversammlung

Karlsruhe, 1819 - 1933

29. Sitzung (24.06.1919)

urn:nbn:de:bsz:31-28868

Visual Library

Dazu ergreift zunächst zur Geschäftsordnung der Abg. Dr. Koenigsberger das Wort. Die über die Frage des Eintritts in die Verhandlung des Gegenstandes sich entwickelnde Geschäftsordnungsdebatte, an der sich weiter die Abgg. Weißmann, Dr. Kraus, König, Goerlacher, Dr. Schofer, Roesch, Dr. Koenigsberger, Goehring, Maier-Heidelberg beteiligen, führt zu dem Beschlusse, den Gegenstand von der heutigen Tagesordnung abzusetzen, dagegen, wenn nicht ganz besondere Umstände etwas anderes bedingen, ihn an die Spitze der nächsten Tagesordnung, deren Bestimmung im übrigen dem Präsidenten überlassen bleibt, zu setzen und die nächste Sitzung abzuhalten am

Dienstag den 24. Juni 1919
nachmittags 4 Uhr.

Schluß der Sitzung nach 6 Uhr.

Zur Beurkundung:

Der Präsident: Kopf.
Der II. Vizepräsident: Muser.
Der Schriftführer: Roesch. Karl.

---

29. öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, den 24. Juni 1919.

Gegenwärtig:

als Vertreter der Regierung: Staatspräsident Geiß, Minister des Auswärtigen Dietrich, Minister des Kultus und Unterrichts Hummel, Justizminister Trunk und Finanzminister Dr. Wirth; sodann die Mitglieder des Hauses mit Ausnahme der Abgg. Jost, Karl, Koelblin, Kräuter, Müller-Schopfheim, Otto, Remmele, Roesch, Rückert Saenger, Stockinger, Venedey und Dr. Zehnter.

Unter dem Vorsitze des Präsidenten Kopf.

Tagesordnung:

(siehe Schluß dieses Protokolls und Tagesordnung der folgenden Sitzung).

Die Sitzung wird eröffnet um 1/2 5 Uhr.

Zunächst legt Finanzminister Dr. Wirth im Auftrage der Regierung einen V. Nachtrag zum Staatsvoranschlag für die Jahre 1918 und 1919 vor mit der Bitte um tunlichst schleunige Erledigung.

Die gedruckte Vorlage (vergl. Drucks. Nr. 17 d) wird k. H. an die Haushaltskommission überwiesen.

Außerdem lag für die heutige Sitzung folgende verhandlungsreife Drucksache vor, die zur Wahrung der Frist des § 27 der Gesch.-Ordg. rechtzeitig zur Versendung gelangt war: Bericht der Kommission für Justiz und Verwaltung über die Regierungsvorlage betreffs der Erhebung von Taxen für einige Arten von Verwaltungshandlungen. Berichterstatter Abg. Schneider-Heidelberg (Drucks. Nr. 38).

(Weitere Eingänge s. Prot. der nächsten Sitzung.)

Nun ergreift Staatspräsident Geiß das Wort zu folgender Ansprache:

„Der gestrige Tag war wohl einer der unglücklichsten, der traurigsten und der folgenschwersten, welche je ein Volk erlebt hat. Mit diesem gestrigen Tage hat der etwa 4½ Jahre dauernde Krieg seinen Abschluß gefunden. Der Not gehorchend, hat die Deutsche Reichsregierung im Benehmen mit der Deutschen Nationalversammlung beschlossen, den von der Entente vorgelegten Friedensvertrag zu unterzeichnen. Alle Hoffnungen, welche das deutsche Volk in den letzten Tagen und Stunden noch auf eine Verbesserung des Friedensvertrages gesetzt hatte, sind zunichte geworden und das deutsche Volk steht nun vor der Tatsache, daß es neu aufbauend anfangen muß, um die deutsche Nation vorwärts zu bringen. Es ist notwendig, daß wir bei uns im Lande Baden und im Deutschen Reiche alle Kräfte zusammenfassen, um diesen Neuaufbau zu ermöglichen. Es ist nötig, sie zusammenzufassen und einzusetzen, um die Gewähr zu bieten, daß das deutsche Volk fernerhin dieses große Werk zu schaffen imstande sein werde.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Das Staatsministerium hat in einer gestern abgehaltenen Sitzung beschlossen, einen Aufruf an das Volk zu erlassen und es zur werktätigen Mitarbeit aufzufordern. Dieser Aufruf hat folgenden Wortlaut:

„„An das badische Volk!

Mitbürger!

In diesen schwersten Tagen deutscher Geschichte wenden wir uns an Euch!

Der der deutschen Republik aufgezwungene Friede ist ein unerhörter Verstoß gegen die Gedanken der Völkerverständigung, des Rechts und gegen das Wilson-Programm. Politisch und wirtschaftlich sind die Folgen für uns, darüber soll kein Zweifel sein, furchtbar. Die Zukunft wird lehren, daß dieser Frieden trotz des besten Willens, geschlossene Verträge zu halten, die Kraft des deutschen Volkes übersteigt. Die Zeit muß kommen, da eine vom Geiste der Kriegshetze befreite Welt zu einem gerechten Urteil fähig sein wird. Dann wird man erkennen, welches Unrecht unter Bruch feierlicher Zusagen dem deutschen Volk zugefügt wurde.

Mit besonderem Schmerz erfüllt uns das Schicksal Kehls und des Brückenkopfgebietes. Wir hoffen zuversichtlich, daß in Bälde durch bevorstehende Vereinbarung über die Handhabung des Besatzungsrechts die Lage der getreuen Bevölkerung erleichtert, ihr freier Verkehr mit dem Deutschen Reich zugestanden und so der Weg zu ihrem Heimatstaat und Volk wieder geöffnet wird. Wir stehen unentwegt zu diesen am härtesten Betroffenen unserer Bürger.

Jetzt ist es unsere heiligste Pflicht, dem Vaterlande zu dienen. In den Tagen des Glücks haben wir Deutschland immer die Treue bewahrt. Doppelt stark sei sie in diesen Zeiten tiefster Not. Der Wille, trotz allem eine neue deutsche Zukunft zu schaffen, muß uns erfüllen. Rettung kann nur werden, wenn jeder Einzelne in treuester Pflichterfüllung seine Arbeit leistet und so mit ganzer Kraft dem Vaterlande dient. Die sittlichen und seelischen Kräfte unseres Volkes sind tief erschüttert. Ein brutaler Egoismus macht sich breit und führt zum Kampf aller gegen alle. Wir müssen zu den alten Grundsätzen der Arbeitsfreude und der Pflichterfüllung zurückkehren. Wie so oft in den letzten Monaten wollen wir Badener uns auch hier besonders bewähren. Vergeßt nicht, daß der neue Staat der Staat aller ist. Ihr dient Euch selbst, wenn Ihr Eure ganze Kraft für das Wohl des Staates einsetzt. Nur dann ist ein Volk verloren, wenn es sich selbst aufgibt. Unser Glaube an Deutschland bleibt unerschütterlich. Durch unsere Arbeit schaffen wir uns eine neue Zukunft!““

Zur Frage der Stellung der badischen Staatsregierung, des badischen Staatsministeriums zur Lösung der Friedensfrage kann ich hiermit im Namen des Gesamtministeriums folgendes erklären:

Das Staatsministerium war infolge der sich überstürzenden Ereignisse außerstande, vor der Entscheidung in Weimar zur Unterzeichnung des Friedens Stellung zu nehmen. Wenn auch die nachträgliche Aussprache im Staatsministerium eine einmütige Auffassung nicht ergab, so war man sich doch einig darin, daß jede der beiden in der Reichsnationalversammlung vertretenen Auffassungen nur von dem Willen und der Ueberzeugung getragen war, dem Vaterlande zu dienen und die Einheit des Reiches zu erhalten.

Die badische Volksregierung ist einmütig entschlossen, gemeinsam mit der Reichsregierung an der Lösung der Aufgaben dieser schweren Zeit zu arbeiten.“

Darauf Präsident Kopf:

„Ich weiß mich eins mit dem ganzen Hohen Hause, wenn ich zu der soeben verlesenen Kundgebung der Regierung an das badische Volk unsere vollste Zustimmung ausspreche und wenn ich weiterhin betone, daß wir nach der soeben erfolgten Erklärung uns einmütig hinter die Reichsregierung und auch hinter die badische Regierung stellen werden.

Bis zu Beginn des Krieges waren wir Zeugen eines beispiellosen wirtschaftlichen und politischen Aufschwunges des deutschen Vaterlandes; wir haben uns gefreut an seiner Macht und Größe und an seinem hohen Kulturstande. Heute — da wir nach glänzenden Waffentaten erschüttert an einem leider ebenso beispiellosen Zusammenbruch auf allen Gebieten stehen — heute kann es in der Tat für uns Alle nur eine Parole geben, nämlich die, daß wir einig zusammenarbeiten und zusammenhalten wollen, daß jeder rechtschaffene Deutsche sich treu an das deutsche Vaterland anschließen muß und daß wir entschlossen sind, zu jenen Tugenden zurückzukehren, die einst unser Vaterland so groß gemacht haben: zur Gottesfurcht, Arbeitsfreudigkeit, Pflichterfüllung, Ordnungsliebe, Autoritätsgefühl, Schlichtheit und Einfachheit der Sitten und Sparsamkeit.

Es kann nicht geleugnet werden, daß diese Tugenden im Laufe der Erschütterungen des Weltkrieges und unter der Einwirkung der Hungerblockade da und dort in unserem Volke eine bedeutende Minderung und Schwächung erfahren haben. Wir dürfen aber vertrauen, daß angesichts des erschütternden und für uns so erniedrigenden Friedensvertrages, den unsere Reichsregierung unterzeichnen mußte, mit diesem tiefsten Punkte unseres nationalen Zusammenbruchs auch wieder jener Geist einsetzen wird, auf dem sich eine allmähliche Wiederaufrichtung unseres deutschen Volks- und Staatslebens ermöglichen läßt. Die Erinnerung an die Großtaten, die unser Volk im Felde vollbracht hat, an die gegenüber einer vielfachen Uebermacht erfolgreich betätigte todesmutige und opferfreudige Hingabe an die große Sache unseres Vaterlandes, die Erinnerung an jene Helden, die ihr Blut für das Vaterland vergossen haben und zu Hunderttausenden in fremder Erde ruhen, an die vielen, die als Invaliden zurückgekehrt sind und die Merkmale ihres für das Vaterland betätigten Opfermutes an ihrem Körper zeit ihres Lebens tragen müssen, die

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg